

# Hintergrund- und Diskussionspapier

Nr. 74 Mai 2021

ISSN 1439-2011

## Belarus

Carolin Schwegmann



**Bund für Soziale Verteidigung e.V.**  
Schwarzer Weg 8  
32423 Minden  
Telefon 05 71 - 29 45 6  
Telefax 05 71 - 23 01 9  
info@soziale-verteidigung.de  
www.soziale-verteidigung.de

**Bankverbindung:**  
Sparkasse Minden - Lübbecke  
BLZ 490 501 01  
Kto. 89 420 814  
IBAN DE73 490 501 01 0089 420 814  
Swift-Code WELADED1MIN

**Unsere Projektseiten:**  
[www.love-storm.de](http://www.love-storm.de)  
[www.share-peace.de](http://www.share-peace.de)  
[www.friedensbildung-nrw.de](http://www.friedensbildung-nrw.de)

**BSV ist u.a. Mitglied dieser Organisationen:**  
War Resisters' International  
Forum Ziviler Friedensdienst  
Kooperation für den Frieden  
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden  
Nonviolent Peaceforce Alliance  
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Carolin Schwegmann hat einen Master in Politikwissenschaft von der Universität Münster. Das Papier entstand im Rahmen ihres Praktikums beim BSV im April-Mai 2021.

Carolin Schwegmann  
Belarus

Herausgeber:  
Bund für Soziale Verteidigung  
Schwarzer Weg 8  
32423 Minden

Foto Umschlagseite: Von Homoatrox - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0,  
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=94079169>  
Hintergrund- und Diskussionspapier Nr.74  
Hrsg: Bund für Soziale Verteidigung e.V.  
Mai 2021  
ISSN 1439-2011  
1,50 Euro

## Inhalt

Zusammenfassung .....	4
1. Gesellschaftspolitische Situation in Belarus .....	5
2. Die Entwicklungen bis zur Präsidentschaftswahl 2020 .....	6
3. Beziehungen von Belarus zu seinen Nachbarländern .....	6
4. Die Präsidentschaftswahl 2020 .....	7
5. Die Proteste in Belarus und ihre Perspektiven .....	9
6. Die Menschenrechtssituation in Belarus .....	11
7. Zivilgesellschaft in Belarus .....	12
8. Nash Dom (Unser Haus) .....	13
9. Ausblick .....	14



## **Zusammenfassung**

Das Papier befasst sich mit den gesellschaftspolitischen Entwicklungen in Belarus, seit der Staat 1991 unabhängig wurde. Schwerpunkte dabei sind die Aktivitäten der politischen Opposition und der Zivilgesellschaft insbesondere seit den Wahlen 2020 und die massive Repression und Menschenrechtsverletzungen durch die belarussischen Sicherheitsorgane. In einem Ausblick wird die Strategie der EU, durch Sanktionen Veränderungen im Land zu bewirken, infrage gestellt. Die Bevölkerung in Belarus ist gespalten, was ihre Position zu Lukaschenko und zu den Protesten angeht und einseitiger Druck von außen läuft die Gefahr, Menschen eher in die Hände des Regimes zu treiben. Stattdessen sollte die Zivilgesellschaft sich um Dialog bemühen und die Opfer der Menschenrechtsverletzungen unterstützen, bis sich ein neues Fenster der Möglichkeit auftut, grundlegende Veränderungen zu erreichen.

## 1. Gesellschaftspolitische Situation in Belarus

Belarus ist ein Staat, der im Osten an Russland, im Süden an die Ukraine und im Westen an die EU- und NATO-Mitglieder Polen, Litauen und Lettland grenzt. Das Regime wird vom *Freedom in the World Index*, der NGO *Freedom House*, als „nicht frei“ eingestuft. In Belarus wird die Todesstrafe verhängt und vollstreckt, was die Mitgliedschaft des Landes im Europarat verhindert.<sup>1</sup> Mehrere Aspekte klassifizieren Belarus als autokratisches Regime:

- Die belarussische Verfassung garantiert zwar freie Wahlen und soll Grundlage eines demokratisch verfassten Staates sein. In der Realität haben Wahlen in Belarus jedoch keine Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Regierung.<sup>2</sup> Dies wurde abermals durch die Wahl im August 2020 deutlich, bei der Lukaschenko seine Niederlage nicht eingestand. Die politische Macht ist auf den Präsidenten Lukaschenko konzentriert; er kontrolliert Legislative, Judikative und Exekutive. Der Geheimdienst KGB besteht seit Sowjetzeiten unter seinem alten Namen und kaum veränderten Organisationsstrukturen fort.<sup>3</sup>
- Grundfreiheiten wie die Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung sind in Belarus stark eingeschränkt.<sup>4</sup> So wird nichtstaatlichen Organisationen die Registrierung verwehrt und sie werden in die Illegalität gedrängt. Aktivist\*innen, die ihre Aktivitäten dennoch weiterführen, drohen Geldstrafen, der Verlust ihrer Arbeits- und Studienplätze oder Strafverfahren, die mehrere Jahre Gefängnis zur Folge haben können.
- Seit den Protesten sind über 30.000 Menschen festgenommen worden. Auf Polizeiwachen und in Untersuchungshaft kommt es regelmäßig zu Folter; viele Frauen wurden vergewaltigt.<sup>5</sup>
- Daneben baut das System auch auf informelle, nicht legitimierte Strukturen: Dies sind z.B. private Seilschaften, Korruption oder Akte politischer Repression. Beamte\*innen handeln oft eigenmächtig, willkürlich und jenseits der offiziellen Gesetzeslage.<sup>6</sup>

Wie alle Länder ist auch Belarus seit Frühjahr 2020 von der Corona Krise betroffen. Während in Telegram-Kanälen gefordert wurde, Quarantänen einzuführen und im Radio und Fernsehen über das Coronavirus aufzuklären, verharmloste Lukaschenko das Virus. Im März 2020 witzelte er, die Menschen sollten unter anderem mit Wodka, Sauna und Arbeit auf dem Feld gegen Corona kämpfen. Die WHO äußert sich im April 2020 besorgt über die Corona-Situation im Lande. Anfang Mai 2021 (Stand 2. Mai 2021) beliefen sich die bestätigten Corona Fälle auf 369.767, 2.642 Menschen starben und 413.473 Impfungen wurden durchgeführt.<sup>7</sup>

---

<sup>1</sup> Amnesty International (2015): Wenn der Staat tötet. Todesstrafe in Belarus: [https://amnesty-todesstrafe.de/wp-content/uploads/325/reader\\_todesstrafe-in-belarus-1.pdf](https://amnesty-todesstrafe.de/wp-content/uploads/325/reader_todesstrafe-in-belarus-1.pdf)

<sup>2</sup> Freedom House (2021): Belarus. Freedom in the World. Online verfügbar: <https://freedomhouse.org/country/belarus/freedom-world/2021>

<sup>3</sup> Steinsdorff, Silvia von (2006): Das politische System Weißrusslands (Belarus). In: Ismayr, Wolfgang (ed.) Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden; Silitski, Vitali (2009): Belarus – a country in transition? The State, elections and the opposition. In: Fischer, Sabine (ed.). Paris: European Union Institute for Security Studies (EUISS)

<sup>4</sup> Freedom House 2015; Sahm, Astrid (2009): Civil Society and Mass Media in Belarus. In: Fischer, Sabine (ed.), Paris: European Union Institute for Security Studies (EUISS). S. 52.

<sup>5</sup> Hurst, Luke (2021): Belarus protests: Convictions tallied at 400, but hundreds more are still in jail. Euro news. Online verfügbar: <https://www.euronews.com/2021/03/17/belarus-protests-convictions-tallied-at-400-but-hundreds-more-are-still-in-jail>

<sup>6</sup> Freedom House (2021): a.a.O.

<sup>7</sup> WHO Health Emergency Dashboard (2021): Belarus Situation. Online verfügbar: <https://covid19.who.int/region/euro/country/by>

## 2. Die Entwicklungen bis zur Präsidentschaftswahl 2020

Bei der Auflösung der Sowjetunion im Jahr 1991 wurde auch Belarus, die ehemalige Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik, unabhängig. Bei den ersten Wahlen im Jahr 1994 gewann Alexander Lukaschenko, der bis heute im Amt ist.<sup>8</sup>

Bereits bei der nächsten Wahl im Jahr 2001 wurde die Gerechtigkeit der Wahlen bemängelt. Das gleiche wird auch über die Wahl im Jahr 2006 gesagt, bei der die Oppositionellen keinen einzigen Sitz im Parlament erreichen konnten. Dies wiederholte sich auch bei der darauffolgenden Wahl vier Jahre später im Jahr 2010. Nach diesen Wahlen kam es erstmalig zu Massenprotesten gegen den Sieg Lukaschenkos, 600 Menschen werden festgenommen.<sup>9</sup> Im Oktober 2015 wiederholte sich das Bild und Lukaschenko wurde mit angeblich über 83% zum Sieger erklärt.

Lukaschenkos Amtszeit ist immer wieder durch Skandale gekennzeichnet worden.

Der Europarat verurteilte im Jahr 2004 Menschenrechtsverletzungen und erließ Reiserestriktionen gegen hohe Bedienstete. Auch aufgrund der nicht demokratischen Wahlen wurden immer wieder Reiserestriktionen gegen Lukaschenko und andere Beamt\*innen verhängt und Vermögen eingefroren. Die Sanktionen wurden im Jahr 2008 vorübergehend ausgesetzt, nach den nächsten Wahlen aber wieder eingesetzt und verstärkt. Die EU froh zusätzlich zu den Reiserestriktionen Lukaschenkos Auslandskonten ein. Die USA verhängten ebenfalls stärkere finanzielle Kontrollen sowie Reiseverbote für hohe Beamt\*innen.<sup>10</sup>

Im Jahr 2018 gab es einen Korruptionsskandal in der Regierung. Premierminister Andrei Kobyakow wurde entlassen und weitere hohe Bedienstete verhaftet. Auch im Medizinbereich gab es einen großen Korruptionsskandal, in dessen Folge viele Gesundheitsbeamt\*innen, Ärzt\*innen und Pharmavertreter\*innen festgenommen wurden, die mehrere Millionen an staatlicher Finanzierung entwendet haben sollen.<sup>11</sup>

Wirtschaftlich hat das Land Probleme. So fehlt Geld, um Rechnungen für Stromlieferungen aus Russland zu bezahlen. Russland halbierte daraufhin 2011 die Lieferungen. Nachdem Notkredite vom Internationalen Währungsfonds nicht gebilligt werden, musste sich Belarus mit der Bitte um ein finanzielles Rettungspaket an Russland wenden.<sup>12</sup>

Nach der Verschärfung der westlichen Sanktionen infolge der erzwungenen Landung einer internationalen Passagiermaschine, um zwei Oppositionelle festzunehmen, sagte Russland Ende Mai einen neuen Kredit in Höhe von 500 Millionen Euro zu.<sup>13</sup>

## 3. Beziehungen von Belarus zu seinen Nachbarländern

Seit Anfang 2020 bröckelt die gute Beziehung zwischen Lukaschenko und Putin. Lukaschenko sagte in einer Rede, er würde dazu gedrängt sich mit Russland zusammenzuschließen, er würde dieses aber nie geschehen lassen. Immer wieder gibt es zwischen den beiden Ländern auch Konflikte über Transitrouten für Öl. Auch Energiepreise sind Streitthema. Laut Russland würden diese sinken, wenn sich die Länder mehr integrierten. Lukaschenko sah davon ab und suchte alternative Bezugsquellen für Erdöl.<sup>14</sup> Auch kam es von Seiten Russlands zur Kürzung von Subventionen Anfang 2020. Wegen der verminderten Lieferung von Öl an Belarus sank das BIP

---

<sup>8</sup> BBC (2018): Belarus profile – Timeline. Online verfügbar: <https://www.bbc.com/news/world-europe-17941637>

<sup>9</sup> BBC (2018): a.a.O.

<sup>10</sup> BBC (2018): a.a.O.

<sup>11</sup> The Guardian (2018): Belarus president fires prime minister after corruption scandal. Online verfügbar: <https://www.theguardian.com/world/2018/aug/18/belarus-president-fires-prime-minister-after-corruption-scandal>

<sup>12</sup> BBC (2018): a.a.O.

<sup>13</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/russland/putin-lukaschenko-sotschi-treffen-103.html>

<sup>14</sup> [RFE/RL \(2020\): a.a.O.](#)

um 1,9 % im Januar 2020 und die Raffinerien arbeiteten mit weniger als 50% Kapazität. Bis 2024 können Belarus so 10 Milliarden Dollar Einnahmen verloren gehen.<sup>15</sup>

Im September 2020 angesichts der Proteste gegen die Präsidentschaftswahlen zeichnete sich allerdings wieder eine Annäherung der beiden Länder ab. Putin kündigte seine Absicht an, Belarus 1,5 Milliarden Dollar zu leihen und Lukaschenko weiter zur Seite zu stehen.<sup>16</sup>

In der Öffentlichkeit hat sich im gleichen Zeitraum das Bild Russlands wegen dessen Unterstützung von Lukaschenko teilweise zum Schlechteren verändert. Laut einer Studie des Berliner ZOIS-Instituts möchte die belarussische Zivilgesellschaft zwar weiterhin gute Beziehungen zu Russland wie zu der EU und die Mehrzahl der Befragten zog eine enge wirtschaftliche Nähe zu Russland vor, sprach sich aber gegen einen Zusammenschluss mit Russland aus.<sup>17</sup>

Auch die Beziehung zu der Ukraine ist zuletzt angespannt. Nachdem die Ukraine Lukaschenkos Sieg bei der Wahl 2020 nicht anerkannte, bezichtigte dieser die Ukraine, sich mit dem Westen gegen ihn verbündet zu haben. Die Ukraine sei Teil einer heimtückischen Intrige, angestiftet durch die NATO. Die Ukraine scheint auf Seite der Zivilbevölkerung zu stehen. So heißt das Land belarussische IT Expert\*innen willkommen, die umsiedeln wollen. Nach den Wahlen sind darüber hinaus, allein bis Ende Oktober 2020, 3.000 Belarus\*innen in die Ukraine geflohen, neben Arbeiter\*innen auch viele Student\*innen.<sup>18</sup>

#### 4. Die Präsidentschaftswahl 2020

Anders als 2015 bereitete sich die belarussische Opposition ab März 2020 intensiv auf die Präsidentschaftswahl vor und stellte drei Kandidat\*innen auf: den stellvertretenden Vorsitzenden der Vereinigten Bürgerpartei Mikalaj Kaslou, den Leiter der Bewegung für die Freiheit Jury Hubarewitsch und die Ko-Vorsitzende des Organisationskomitees für die Gründung der Partei Belarussische Christliche Demokratie, Olga Kowalkowa.<sup>19</sup>

Auch beworben hatte sich Sergeiy Zichanowski (Sjarhej Zichanouski), ein belarussischer Blogger, jedoch wurde seine Bewerbung von der zentralen Wahlkommission abgelehnt. Er reiste durch das Land, um mit den Menschen über ihre Probleme zu reden, bis er im Mai 2020 festgenommen wurde. Nach seiner Verhaftung entschloss sich seine Frau Swetlana Tichanowskaja (belarussisch: Swjatlana Zichanouskaja) dazu, eine eigene Initiativgruppe zu registrieren, um selbst anzutreten. Staatsoberhaupt Lukaschenko kommentierte dies mit dem vielzitierten Satz, „die Gesellschaft sei nicht reif für eine Frau“.<sup>20</sup>

Im Juli 2020 wurden dann die offiziellen Kandidat\*innen bestätigt: Swetlana Tichanowskaja, Hanna Kanapazkaja, Andrej Dzmitryeu, Sjarhej Tscheratschan und Aleksander Lukaschenko. Zuvor wurden, mit zweifelhaften Begründungen, weitere im Land populäre Kandidat\*innen von der zentralen Wahlkommission abgelehnt.

Bis zu den Wahlen gab es eine Vielzahl von Kundgebungen und Demonstrationen, die meist mit vielen Verhaftungen einhergingen. An den gemeinsamen Kundgebungen von Tichanowskaja und ihren Anhänger\*innen nahmen regelmäßig mehrere tausend Menschen teil. Die größte

---

<sup>15</sup> Seddon, Max (2020): Putin pledges \$1.5bn loan and security assistance to Belarus. Online verfügbar: <https://www.ft.com/content/cfe9bfa3-8f4c-4dd2-9040-18f1cb33692d>

<sup>16</sup> Seddon, Max (2020): a.a.O.

<sup>17</sup> Douglas, Nadja (2020): Belarus: From the old social contract to a new social identity. ZOIS Report 6/2020. Online verfügbar: [https://www.zois-berlin.de/fileadmin/media/Dateien/3-Publikationen/ZOIS\\_Reports/2020/ZOIS\\_Report\\_6\\_2020.pdf](https://www.zois-berlin.de/fileadmin/media/Dateien/3-Publikationen/ZOIS_Reports/2020/ZOIS_Report_6_2020.pdf)

<sup>18</sup> Sputnik (2020): МВД: Беларусь после выборов покинули 13 тысяч человек Читать дальше. Online unter: <https://sputnik.by/society/20201021/1045951301/MVD-rasskazalo-skolko-belorusov-vyekhala-v-Polshu-Ukrainu-i-Litvu.html>

<sup>19</sup> Länder-Analysen (2021): Chronik der Belarus-Analysen. <https://www.laender-analysen.de/belarus-analysen/chronik?c=belarus&d1=2015-04-22&d2=2021-04-19>

<sup>20</sup> Länder-Analysen (2021): a.a.O.

Wahlkundgebung in der belarussischen Geschichte, bis dato, fand am 30. Juli 2020 in Minsk mit zwischen 60.000 bis 70.000 Menschen statt.<sup>21</sup>

Während Lukaschenko sagte, das Land an niemanden hergeben zu wollen, mussten sich seine Gegner\*innen schützen. So brachte zum Beispiel Tichanowskaja ihre Kinder ins Ausland.<sup>22</sup> Es ist anzunehmen, dass sie Angst hatte, der Staat könnte ihr ihre Kinder unter fadenscheinigen Begründungen wegnehmen. Dies ist eine gängige Praxis im Land, Bürgerrechtler\*innen einzuschüchtern.<sup>23</sup>

Tichanowskaja verkündete, sie wolle bei einem Sieg innerhalb von sechs Monaten Neuwahlen ausrufen und zu der Verfassung von 1994 zurückkehren. Darüber hinaus setzt sie sich für die Freilassung politischer Gefangenen ein.<sup>24</sup>

Am 9. August 2020 fand die Wahl statt, lokale Wahlbeobachter\*innen und die internationale Presse wurden massenhaft daran gehindert, die Wahlprozesse zu beobachten, es kam auch zu Festnahmen von Beobachter\*innen und Journalist\*innen. Die OSZE hatte keine Wahlbeobachter\*innen entsandt, weil sie zu spät von Minsk eingeladen wurde; der Europarat hatte nur eingeschränkt Beobachter\*innen entsandt.<sup>25</sup> Mehrere tausend Verstöße gegen das Wahlgesetz wurden dennoch von Beobachter\*innen wahrgenommen.<sup>26</sup>

Am Wahltag kam es zudem bei friedlichen Protesten in Minsk zu Auseinandersetzungen mit der Miliz, die gewaltsam gegen die friedlichen Demonstrierenden vorging. Erstmals werden Blendgranaten und Gummigeschosse eingesetzt.

Während mehrere lokale Wahlkommissionen den Sieg Tichanowskajas bestätigen, küren regierungsfreundliche Hochrechnungen Lukaschenko umgehend zum Sieger. Am 10. August wurde das endgültige Wahlergebnis bekannt gegeben: 80,1 Prozent für Lukaschenko, 10,1 Prozent für Tichanowskaja, 1,67 Prozent für Kanapazkaja, 1,2 Prozent für Dsmitryjeu und 1,14 Prozent für Tscheratschan.<sup>27</sup>

Während Putin Lukaschenko zum Sieg gratulierte, erkannte Tichanowskaja das Ergebnis nicht an und begab sich in das Nachbarland Litauen.

Die EU erkennt das Ergebnis nicht an<sup>28</sup> und auch die OSZE äußerte sich kritisch zu den Wahlergebnissen. Sie kam nach Auswertung der Daten nationaler und internationaler Beobachter\*innen zu der Bewertung, dass bei der Wahl definitiv betrogen wurde. Die Wahlen waren weder transparent noch frei oder fair. Dementsprechend forderte auch sie neue Wahlen auf internationalem Standard.<sup>29</sup> Einer Meinungsumfrage zufolge glauben auch die meisten Belaruss\*innen, die Wahl wurde manipuliert.<sup>30</sup>

Die sich weiterhin im Ausland aufhaltende Tichanowskaja bildete am 19. August 2020 einen Koordinierungsrat für einen Machtübergang in Belarus. Darin vertreten sind unter anderem die Literaturnobelpreisträgerin Swjatlana Alexijewitsch und der ehemalige Kulturminister Pawel Latuschka. Tichanowskaja ist weiterhin politisch aktiv, sie trifft sich mit Staatsoberhäuptern wie Macron und Merkel oder richtet sich in Reden an die EU. Im Oktober 2020 wurde sie in Belarus

---

<sup>21</sup> Länder-Analysen (2021): a.a.O.

<sup>22</sup> Länder-Analysen (2021): a.a.O.

<sup>23</sup> International Centre for Civil Initiatives "Our House" (2021): International Daughter Day. How activists of "Nash Dom" save the daughters (and sons) of Belarusians from Decree No. 18. Online verfügbar: <https://news.house/41789>

<sup>24</sup> Länder-Analysen (2021): a.a.O.

<sup>25</sup> OSZE-Berichterstatter für Neuwahlen in Belarus, <https://www.dw.com/de/osze-berichterstatter-f%C3%BCr-neuwahlen-in-belarus/a-55544281>

<sup>26</sup> OSCE (2020): Organization for Security and Co-operation in Europe Office for Democratic Institutions and Human Rights. No 358/2020. Online verfügbar: <https://www.osce.org/files/f/documents/2/b/469539.pdf>

<sup>27</sup> Länder-Analysen (2021): a.a.O.

<sup>28</sup> Länder-Analysen (2021): a.a.O.

<sup>29</sup> OSCE (2020): a.a.O.

<sup>30</sup> [Douglas, Nadja; Elsner, Regina; Krawatzek, Félix; Langbein, Julia; Sasse, Gwendolyn \(2021\): 'Belarus at a crossroads: attitudes on social and political change'. Zois Report 3 / 2021. Online verfügbar: https://www.zois-berlin.de/fileadmin/media/Dateien/3-Publikationen/ZOIS\\_Reports/2021/ZOIS\\_Report\\_3\\_2021\\_01.pdf](https://www.zois-berlin.de/fileadmin/media/Dateien/3-Publikationen/ZOIS_Reports/2021/ZOIS_Report_3_2021_01.pdf)

und Russland auf die Fahndungsliste gesetzt, laut Russland aufgrund von Forderungen nach dem Sturz der verfassungsgemäßen Ordnung und Maßnahmen zur Schädigung der nationalen Sicherheit von Belarus.<sup>31</sup>

Im Februar 2021 veröffentlichte Tichanowskaja eine Strategie, die unter anderem eine nationale Versöhnung und Verhandlungen mit der belarussischen Regierung im Mai 2021 vorsieht.

Währenddessen hält die EU an Sanktionen gegen Lukaschenko fest und verurteilt die Repressionen nach der Wahl.<sup>32</sup> Dies geschah bereits 2010, auch bei jener Wahl wurden Missstände angekreidet, die Ergebnisse seien manipuliert und es wurde gewaltsam gegen Demonstrierenden vorgegangen.<sup>33</sup> Nach den letzten Wahlen verhängte die EU wegen der Repression und Einschüchterung friedlicher Demonstrierenden weitere Sanktionen. Am 1. Oktober 2020 erließ sie zunächst gegen 40 Individuen Reiseverbote und fror ihr Vermögen ein. Am 6. November folgen Sanktionen gegen Lukaschenko und 14 weitere Amtsträger. Zu den Maßnahmen gehörten Reiseverbote und das Einfrieren von Konten. Diese Maßnahmen wurden am 17. November noch auf 36 weitere Personen und Unternehmen ausgeweitet.<sup>34</sup>

Die Sanktionen gegen Belarus machen es der belarussischen Regierung (Stand April 2021) unmöglich, ausländische Kredite und Investments zu bekommen, was das Land in große wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht hat. Tichanowskaja fordert die EU auf, die Sanktionen noch weiter auszubauen, um Lukaschenko zu Verhandlungen zu zwingen.<sup>35</sup>

Auch die US-Regierung erließ neue Sanktionen, nachdem vorhergehende Sanktionen seit 2015 ausgesetzt waren. Dazu gehören seit Februar 2021 Reiserestriktionen gegen 43 Belarus\*innen und seit April 2021 Sanktionen gegen neun Firmen im Staatsbesitz.<sup>36</sup>

## 5. Die Proteste in Belarus und ihre Perspektiven

Nach den Wahlen bis zum Ende 2020 gab es jede Woche Massendemonstrationen gegen Lukaschenko. An ihnen nahmen zeitweilig bis zu 200.000 Menschen teil, nicht nur in Minsk<sup>37</sup>, sondern in vielen anderen Städten und Orten. Frauen organisierten sich zu Samstagsfrauenmärschen mit bis zu 10.000 Teilnehmer\*innen. Aber auch andere Personengruppen, wie Ärzt\*innen, Lehrer\*innen, Student\*innen, Rentner\*innen und Menschen mit Behinderung schlossen sich zusammen.<sup>38</sup> Auch kam es immer wieder zu Streiks von Arbeiter\*innen, so zum Beispiel Ende Oktober 2020, als ein Generalstreik stattfand. Neben mehreren hundert kleinen Unternehmen, die den Tag des Protests zu einem arbeitsfreien Tag erklärten, schlossen viele Geschäfte und Cafés in Minsk und die Angestellten formten stattdessen Menschenketten. Auch einige große Fabriken nahmen am Streik teil, so die Ölfirma Belarusneft, der Düngerhersteller Belaruskali, die Autohersteller MAZ, MZKT und Belkommunmash sowie der Traktorhersteller MTZ und der Gerätehersteller Atlant.<sup>39</sup>

Regelmäßig fanden auch Märsche statt. Am ersten Marsch für die Freiheit, am 16. August 2020, nahmen allein in Minsk über 200.000 Menschen teil. Der letzte groß angelegte Marsch, der

---

<sup>31</sup> Länder-Analysen (2021): a.a.O.

<sup>32</sup> Länder-Analysen (2021): a.a.O.

<sup>33</sup> Deutsche Welle (2011): EU imposes sanctions against Belarus. Online verfügbar: <https://www.dw.com/en/eu-imposes-sanctions-against-belarus/a-14807433>

<sup>34</sup> Europäischer Rat (2021): Restriktive Maßnahmen nach den Präsidentschaftswahlen 2020 in Belarus. Online verfügbar: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/restrictive-measures-following-the-2020-belarus-presidential-elections/>

<sup>35</sup> Belarus in Focus (2021): Civil Society embraces safer forms of protest and mutual aid as the party formation agenda resumes. Online verfügbar: <http://belarusinfocus.info/society-and-political-parties/civil-society-embraces-safer-forms-protest-and-mutual-aid-party>

<sup>36</sup> Al Jazeera (2021): US re-impose sanctions on Belarus for human rights violations. Online verfügbar: <https://www.aljazeera.com/news/2021/4/19/us-re-imposes-sanctions-on-belarus-for-human-rights-violations>

<sup>37</sup> <https://www.fr.de/politik/belarus-minsk-lukaschenko-proteste-festnahmen-angela-merkel-90042695.html>

<sup>38</sup> Länder-Analysen (2021): a.a.O.

<sup>39</sup> Deutsche Welle (2020): Belarus strike action begins. Online verfügbar: <https://p.dw.com/p/3kRAQ>

sechzehnte, fand im Dezember 2020 statt. Die Demonstrierenden sammelten sich in kleinen Gruppen mit dem Versuch, sich vor Verhaftungen zu schützen.<sup>40</sup>

Prominentes Symbol bei den Demonstrationen sind die Farben rot und weiß. Diese stehen für die ehemalige weiß-rot-weiße Staatsflagge. Lukaschenko änderte diese 1994 in die heutige rot-grüne. Die Benutzung der alten Flagge gilt als extremistische Handlung und steht unter Geld- und Haftstrafe. Immer wieder gibt es Verurteilungen gegen Menschen, die die Farben weiß und rot, zum Beispiel in Form von Regenschirmen, in der Öffentlichkeit tragen.<sup>41</sup>

Die Sicherheitsbehörden versuchten von Anfang an mit aller Macht, Demonstrationen zu verhindern<sup>42</sup> und griffen hart gegen Demonstrierende durch. Politische Anführer\*innen oder Organisatoren\*innen wurden bereits vor den angekündigten Veranstaltungen festgenommen und dann meist zwischen fünf und fünfzehn Tagen festgehalten, mit dem Ziel, sie von der Veranstaltung fernzuhalten. Hausdurchsuchungen und Vernehmungen sind gängig.

Bis zum 13. August, drei Tage nach Verkündung der Wahlergebnisse, sind bereits insgesamt bis zu 7.000 Belarus\*innen festgenommen worden, viele berichteten von Folter und schlechten Inhaftierungsbedingungen.<sup>43</sup> Bis Ende 2020 stieg diese Zahl auf geschätzt 30.000 Menschen<sup>44</sup>; aktuelle Zahlen für 2021 sind schwer zu bekommen.

Nicht nur die Polizei stellte sich den Demonstrierenden in den Weg, es gibt eine Spezialeinheit, die OMON, die schwarz gekleidet und verumumt agiert. Offiziell wird die Einheit trainiert, um gegen Terrorismus vorzugehen, aber auf Demonstrationen zählt zu ihren Aufgaben, diese aufzulösen und die Massen zu kontrollieren. Dabei arbeiten sie komplett anonym und mit Sturmhauben maskiert. Nicht nur, dass dies ihre Hemmschwelle senken kann, Gewalt einzusetzen, Verstöße gegen das Gesetz können so auch nicht geahndet werden.<sup>45</sup>

Am 17. Mai 2021 unterzeichnete Lukaschenko ein neues Gesetz, was den Polizist\*innen und anderen Einsatzkräften bei Demonstrationen mehr Rechte gibt. Mitglieder der Sicherheitskräfte dürfen demnach nun auch militärische Ausrüstung benutzen, um Demonstrationen zu verhindern. Auch wird der Einsatz von Waffen geregelt. Zudem wird betont, dass die Einsatzkräfte nicht für Schäden belangt werden können.<sup>46</sup>

Seit Anfang 2021 nahm die Zahl der Demonstrationen und der Protestierenden stark ab. Dies lag nicht nur an den harschen Temperaturen im Winter, sondern auch an den immer brutaler werdenden Maßnahmen der Regierung. Zum Tag der Freiheit, am 25. März, gab es noch einmal einen größeren Protest. Aber auch hier setzten die Demonstrant\*innen auf kleine Gruppen anstelle der Ansammlung von großen Menschenmassen, um Verhaftungen und Repressionen zu umgehen. Es herrschte eine hohe Präsenz von Sicherheitseinheiten, die auch Wasserwerfer aufstellten. Mehrere hundert Menschen wurden verhaftet.<sup>47</sup> Im April und Mai begann die Opposition im Exil, über das weitere Vorgehen zu streiten. Es scheint dabei auch darum zu gehen, ob gewaltfreie Proteste fortgeführt werden können und sollen. Einige fordern ein Zusammengehen aller Oppositionsgruppen, Tichonowskaja lehnt dies allerdings ab und beansprucht ihre Führungsrolle.<sup>48</sup>

---

<sup>40</sup> Länder-Analysen (2021): a.a.O.

<sup>41</sup> Douglas, Nadja (2020): a.a.O.

<sup>42</sup> Deutsche Welle (2021a): Belarus: Wo die Justiz (weiß-)rot sieht. Online unter: <https://p.dw.com/p/3rk5t>

<sup>43</sup> Länder-Analysen (2021): a.a.O.

<sup>44</sup> <https://www.dw.com/en/belarus-incarcerates-anti-lukashenko-protesters-en-masse/a-55912923>

<sup>45</sup> Douglas, Nadja (2020): a.a.O.

<sup>46</sup> Press Service of the President of the Republic of Belarus (2021a): Aleksandr Lukashenko signs law on ensuring national security. Online verfügbar: <https://president.gov.by/en/events/podpisan-zakon-povoprosam-obespecheniya-nacionalnoy-bezopasnosti-1621258654>

<sup>47</sup> The Associated Press (2021): Hundreds arrested in Belarus 'Freedom Day' protest. Online unter: <https://apnews.com/article/europe-alexander-lukashenko-belarus-media-arrests-aef0d0923fed81bd63014f7d258760eb>

<sup>48</sup> Mündliche Information von „Unser Haus“.

## 6. Die Menschenrechtssituation in Belarus

Wie bereits erwähnt, geht der Staat hart gegen Demonstrationen vor und es kommt immer wieder zu Gewalt gegen Demonstrant\*innen und massenhafte Festnahmen. Auch wurden laut Berichten von Amnesty International mindestens vier Demonstrant\*innen getötet.<sup>49</sup> Zudem schränkt die Regierung die Versammlungsfreiheit ein; für legale Demonstrationen sind Genehmigungen nötig, die oftmals nicht von den Behörden erteilt werden. Die Anmeldung von öffentlichen Zusammenkünften gestaltet sich schwierig, sie werden selten genehmigt und wenn, dann an Orten, an denen die Bevölkerung von den Demonstrationen wenig mitbekommt.<sup>50</sup>

Nach den Wahlen und den damit einhergehenden Demonstrationen gab es Berichte über eine Art Internierungslager. Nahe der Stadt Slutsk wurde ein ehemaliges Entgiftungszentrum umgebaut, um dort angeblich um die hundert Verhaftete einzusperren. Das Camp operierte nur wenige Tage. Viele Gefangene wurden dort von der Minsker Haftanstalt Akrestsina hin geschickt. Diese gilt als eine der brutalsten. Menschenrechtsorganisationen berichten dort immer wieder von einem brutalen Umgang mit Inhaftierten. Das Camp in Slutsk befand sich mitten in einem Wald und war von einem hohem Stacheldrahtzaun umgeben sowie Wachtürmen. Die Gefangenen berichteten von kalten Duschen und kalten Baracken, in denen sie schlafen mussten. Wärter\*innen mit Hunden patrouillierten die Wege.<sup>24</sup>

Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty international dokumentieren, wie hart gegen Demonstrant\*innen vorgegangen wird. Friedlich Demonstrierende werden demnach von der OMON und anderen Polizeikräften brutal angegriffen. Dazu werden Schlagstöcke eingesetzt und Blendgranaten sowie Gummigeschosse und chemische Reizstoffe aus kurzer Distanz eingesetzt. Auch werden von den Einsatzkräften Wasserwerfer genutzt. Hinzu kommen Berichte aus den Gefängnissen und Polizeistationen. Dort werden vermehrt Misshandlungen und sexuelle Übergriffe beobachtet. Die Inhaftierten werden allgemein schlecht behandelt und Nahrung und Sanitätsprodukte werden zurückgehalten. Ärzt\*innen berichten von vielen Gehirnerschütterungen und Knochenbrüchen. All dies ist nicht zuletzt dadurch möglich, dass die Einsatzkräfte ohne jegliche Form von Identifikation arbeiten und eine Strafverfolgung so nicht gegeben ist.<sup>51</sup>

Einige Menschen wurden bei den Protesten getötet, mindestens ein Oppositioneller, Vitold Ashurok, starb im Mai 2021 unter ungeklärten Umständen in der Haft.<sup>52</sup> Aktuell sind nach Angaben der Bürgerrechtsorganisation „Viasna“ 421 politische Gefangene in Haft<sup>53</sup>, die Organisation „Unser Haus“ spricht sogar von bis zu 3.000 Menschen.

Abseits von den Demonstrationen ist ein weiteres Mittel zur Einschüchterung speziell weiblicher Aktivist\*innen die Praxis, Müttern ihre Kinder wegzunehmen. Dies geschieht vor allem in Familien, in denen Frauen offen ihre regierungskritische Meinung äußern. Kinder werden unter fadenscheinigen Gründen und ohne Gerichtsprozesse aus den Familien genommen.<sup>54</sup>

---

<sup>49</sup> Amnesty International (2021): Belarus: You are not human“. State-sponsored impunity *and* unprecedented police violence against peaceful protesters. Online verfügbar: <https://eurasia.amnesty.org/wp-content/uploads/2021/01/belarus-you-are-not-human-beings.pdf>

<sup>50</sup> Freedom House (2021): a.a.O., Douglas, Nadja (2020): a.a.O.

<sup>51</sup> Amnesty International (2021): a.a.O.

<sup>52</sup> <https://news.house/41962>

<sup>53</sup> <https://prisoners.spring96.org/en>

<sup>54</sup> Radio Free Europe (2021): Detained Belarusian Protesters Describe August Stay In Internment Camp. Online verfügbar: <https://www.rferl.org/a/31076165.html>

## 7. Zivilgesellschaft in Belarus

Die Zivilgesellschaft in Belarus war lange Zeit nicht dafür bekannt, Widerstand zu leisten oder sich gegen die Regierung aufzulehnen, auch wenn es besonders um Wahltermine herum immer wieder Proteste gab. Die ersten zahlenmäßig wirklich großen Proteste fanden 2017 statt und richteten sich gegen ein geplantes Steuergesetz, welches Arbeitslose zwingen sollte, 180 Euro jährlich an Steuern zu zahlen.<sup>55</sup>

Trotz der systematischen Repression durch Staatsorgane gegenüber Aktivist\*innen und der Bevölkerung gibt es in Belarus zivilgesellschaftliche Strukturen. Offiziellen Stellen zufolge waren im Juli 2020 25 Gewerkschaften, 3025 öffentliche Vereinigungen, fast 44.000 Vereine und fast 224 Stiftungen registriert.<sup>56</sup> Hinzu kommen nicht registrierte Organisationen, Netzwerke und Bewegungen wie Initiativen zur Spendensammlung für politische Gefangene oder für Solidarität mit ihnen. Weitere Initiativen senden Schreiben und Ersuche an Behörden, in denen sie fordern, Alltagsprobleme zu lösen, etwa Straßenbeleuchtungen zu installieren oder Asphaltierungen vorzunehmen.<sup>57</sup> Wichtig anzumerken zu den Protesten in Belarus ist die friedliche Haltung der Demonstrierenden.<sup>58</sup>

Neben Demonstrationen gibt es spontane Versammlungen, Menschenketten, Nachbarschaftsfeste, Straßenkunst, aber auch vermehrt Aktivismus in sozialen Medien und Nachrichtendiensten wie Telegram. Diese werden genutzt, um sich zu organisieren und Informationen auszutauschen. Besonders Telegram kann Internetsperren umgehen, wie sie seit der Wahl 2020 an der Tagesordnung sind.<sup>59</sup> Einer aktuellen Studie zufolge beziehen 70 Prozent der Belarus\*innen ihre Nachrichten über soziale und online Medien.<sup>60</sup>

Viele Bereiche der Zivilgesellschaft sind reglementiert und es gibt viele Restriktionen für Nichtregierungsorganisationen. Diese müssen sich registrieren und harten Auflagen anpassen, um nicht bestraft zu werden. Dies gilt besonders für Menschenrechtsorganisationen und regierungskritische Organisationen. Etliche Nichtregierungsorganisationen sind deshalb außerhalb von Belarus registriert.

Auch die Arbeit der Kirchen, der orthodoxen Kirche, zu der circa 70 Prozent der Belaruss\*innen und der katholischen, zu der circa 6 Prozent gehören, wird behindert. Die Proteste nach den Wahlen 2020 hatten zum ersten Mal eine religiöse Komponente. Priester und Bischöfe verurteilten die Repressionen gegen die Demonstrant\*innen öffentlich. Dies hatte Konsequenzen. Auf Grund massiven Drucks der Regierung hin wurden die Oberhäupter beider Kirchen entlassen und mehrere orthodoxe Priester suspendiert.<sup>61</sup>

Die Zivilgesellschaft hat wenig Vertrauen in die politischen Institutionen. Im Jahr 2020 hatte die Zivilgesellschaft am meisten Vertrauen in den Koordinierungsrat der Opposition und in die Orthodoxe Kirche.<sup>62</sup> Dennoch wäre es ein falsches Bild, anzunehmen, dass „die“ Zivilgesellschaft oder alle Bürger\*innen die Opposition unterstützen. Dem zitierten ZOIS-Bericht zufolge nahmen lediglich 14 Prozent der Bevölkerung an Protesten aktiv teil und weniger als 50% stimmten ihnen ganz oder teilweise zu.<sup>63</sup>

Wie bereits erwähnt, ist eine freie Meinungsäußerung nicht möglich. Dies zeigte sich zuletzt wieder im Mai 2021. Das größte unabhängige Nachrichtenportal im Lande, die Website Tut.by,

---

<sup>55</sup> Douglas, Nadja (2020): a.a.O.

<sup>56</sup> Justizministerium Belarus (2021): Политические партии, общественные объединения и другие некоммерческие организации" [Politische Parteien, öffentliche Vereinigungen und andere gemeinnützige Organisationen]. Online verfügbar: [https://minjust.gov.by/directions/compare\\_coverage/](https://minjust.gov.by/directions/compare_coverage/)

<sup>57</sup> Wodolasczkaja et al. (2012): Programmnyj Monitoring Grazhdanskogo obshhestva [Programm-Monitoring der Zivilgesellschaft]. In: Centre for European Transformation (ed.) Sbornik kvartal'nyh analiticheskikh otchetov (Sammlung vierteljährlicher analytischer Berichte), S. 54.

<sup>58</sup> Douglas, Nadja (2020): a.a.O.

<sup>59</sup> Douglas 2021 a.a.O.

<sup>60</sup> Douglas 2021 a.a.O.

<sup>61</sup> Douglas 2021 a.a.O.

<sup>62</sup> Douglas 2021 a.a.O.

<sup>63</sup> Douglas 2021 a.a.O.

wurde vom Staat lahmgelegt. Die Redaktionsräume und Privatwohnungen wurden durchsucht. Mitarbeiter\*innen erhielten bereits vorher Haftstrafen, weil sie zum Beispiel über Prozesse oder Demonstrationen, berichteten.<sup>64</sup> Einige Internetkanäle, so auch der Kanal der Bürgerrechtsorganisation „Unser Haus“, der vom Ausland aus betrieben wird, wurden im Mai 2021 von der Regierung als „extremistisch“ eingestuft, was weitere Verfolgungen und Verbote wahrscheinlich macht.

Einen europaweiten Aufschrei der Empörung gab es, als am 23. Mai 2021 ein Flugzeug auf seinem Weg von Griechenland nach Litauen zur Landung in Minsk gezwungen wurde, um einen bekannten Blogger und Betreiber des regimekritischen Telegram-Kanals Nexta, Roman Protasewitsch, festzunehmen. Die EU reagierte mit der Verhängung weitgehender Sanktionen, so dürfen die belarussischen Fluggesellschaften nicht mehr auf den Flughäfen der EU landen und starten. Auch die Überflugrechte im Europäischen Luftraum sollen für Belarus weitgehend gesperrt werden. Außerdem wurde die Liste der Personen, die von Kontensperrungen und Einreiseverboten betroffen sind, erweitert und ein seit längerem geplantes Investitionsprogramm von drei Milliarden eingefroren werden, bis, so EU-Kommissarin von der Leyen, „Weißrussland demokratisch wird“.<sup>65</sup>

Aktuell wird auch Druck durch eine Klage gegen Lukaschenko ausgeübt. Anfang Mai 2021 wurde Lukaschenko in Deutschland wegen der Gewaltexzesse nach der Präsidentschaftswahl angeklagt. Die Klage wird im Namen von zehn Menschen aus Belarus von vier deutschen Anwält\*innen vertreten. Diese fordern eine unabhängige Aufklärung. Die Dokumente und Beweise, die eingereicht wurden, stammen auch von Nasch Dom.<sup>66</sup> Echte Auswirkungen auf die Situation in Belarus können von dieser Klage allerdings nicht erwartet werden.

## 8. Nash Dom (Unser Haus)

Eine wichtige Organisation in Belarus ist die Bürgerrechtsorganisation „Unser Haus“ (Nash Dom). Der Name kommt von dem Sprichwort „Мая хата з краю“, „Meine Bude steht abseits“, welches in Belarus eine weitverbreitete Philosophie der Apathie gegenüber kulturellen und sozialen Zuständen ausdrückt.<sup>67</sup> Registriert ist Nash Dom in Tschechien und Litauen, aufgrund der politischen Repressionen in Belarus. Das Ziel von Nash Dom ist die öffentliche Bildung im Bereich Menschenrechte. Die Bevölkerung soll dazu befähigt werden, sich selbst und ihre Grundrechte gegen den Staat und Bedienstete zu verteidigen.

Nash Dom begann als Kampagne mit einer gleichnamigen Zeitung, gegründet von Olga Karach, im Dezember 2002. Bis 2008 agierte die Organisation vor allem in der Stadt Witebsk, in der sie gegründet wurde, und ein paar weiteren Städten. Seit 2008 ist sie auf nationaler Ebene aktiv.

Die Organisation, ist netzartig strukturiert und besteht aus mehr als neunzehn Freiwilligen-gruppen in achtzehn Städten Belarus. In den ersten Jahren nach der Gründung wurden zahlreiche Aktionen durchgeführt, wie die Wiederherstellung der Ordnung auf Friedhöfen, ein Festival zur Gleichstellung der Geschlechter, ein Jugendfestival sowie ein Anti-Atom-Protest und die Organisation traditioneller Feiertage in den Städten.<sup>68</sup>

Ziel ist es die Zivilgesellschaft zu transformieren, sie soll sich mehr gesellschaftlich engagieren und die Arbeit von Behörden, Beamt\*innen und Abgeordnet\*innen transparenter machen.

Viele Aktivist\*innen haben eine jahrelange Erfahrung, sich selbst zu vertreten und für ihre Rechte zu kämpfen und andere dabei zu unterstützen. Zu den Projekten von Nash Dom gehört

<sup>64</sup> Deutsche Welle (2021b): Unabhängiges Medienportal in Belarus gesperrt. Online unter: <https://p.dw.com/p/3tYKP>

<sup>65</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-belarus-luftraum-sanktionen-103.html>

<sup>66</sup> Unser Haus (2021): Generalbundesanwalt: Opfer des belarussischen Regimes erheben Anklage mit Dokumenten von „Unser Haus“. Online verfügbar: <https://de.news.house/1874>

<sup>67</sup> Bund für Soziale Verteidigung e.V. (o.J.): Belarus. Online unter: <https://www.soziale-verteidigung.de/bereich/belarus>

<sup>68</sup> International Centre for Civil Initiatives "Our House" (o.J.): About Us. Online verfügbar: <https://news.house/about>

die Arbeit mit Gemeinde- und Stadträten, um sie durch öffentliche Kampagnen (mit Erfolg!) zur Rechenschaftslegung gegenüber den Bürger\*innen aufzufordern, z.B. offen zu legen, wofür öffentliche Mittel ausgegeben werden. Nash Dom unterstützt Aktivist\*innen, wenn sie Opfer von Repression werden. Und seine Aktivist\*innen engagieren sich in ganz alltäglichen Anliegen wie die Instandhaltung von Hausfluren oder Einrichtung von Bushaltestellen.<sup>69</sup>

Seit 2019 konzentriert sich Nash Dom vor allem auf zwei Themen: Das erwähnte Problem, dass Aktivist\*innen ihre Kinder weggenommen werden und die Situation von jugendlichen Strafgefangenen, die oftmals wegen minimaler Drogendelikte zu langjähriger Straflagerhaft verurteilt werden. Die Präsidentin von Nash Dom, Olga Karatch, die im Exil in Vilnius lebt, veröffentlicht darüber hinaus seit den Wahlen 2020 beinahe tägliche Ansprachen über YouTube, mit denen sie die Proteste in Belarus unterstützt.

Instrumente von Nash Dom sind die Verteilung von Rechtshilfeinformationen/Flugblättern in die Briefkästen großer Wohnhäuser und immer wichtiger ein e-Newsletter, die Website und soziale Netzwerke, wie z.B. Facebook, Telegram und Vkontakte.

Die Organisation schaffte es dabei, immer bekannter zu werden. Ihrem Youtube-Kanal folgen 131.000 Menschen; einzelne Videos erreichten bis über 330.000 Personen.<sup>70</sup>

Neben der kostenlosen Zeitung veröffentlichte die Organisation Bücher, ein Jugendmagazin sowie Infopapiere und einen Film.<sup>71</sup>

Seit 2005 unterstützt der Bund für Soziale Verteidigung „Unser Haus“ in seiner Bürger\*innenrechtsarbeit und Bildungsarbeit gegen Gewalt in Belarus.<sup>72</sup>

## 9. Ausblick

Noch ist nicht absehbar, wie sich die politische Lage in Belarus entwickelt. Lukaschenko hält weiter an seinem Amt fest und scheint schon einen möglichen Nachfolger im Amt im Blick zu haben: Am 9. Mai 2021 unterzeichnete er eine Verordnung, die die Souveränität und die verfassungsmäßige Ordnung im Falle seines Todes sichern soll. Für den Fall, dass das Staatsoberhaupt in Folge eines Anschlags oder anderweitiger äußerer Gewalt stirbt, wird die Macht an den Sicherheitsrat übertragen. Damit einher geht die Ausrufung eines Notstandes und des Kriegsrechts. Der Sicherheitsrat soll dann Wahlen organisieren.<sup>73</sup> In diesem 20-köpfigen Gremium spielt Lukaschenkos Sohn Viktor Lukaschenko eine wichtige Rolle<sup>74</sup>; es wurde spekuliert, dass Lukaschenko dabei sei, ihn zu seinem Nachfolger aufzubauen.

Es wird sich erst noch zeigen, wie stark die oppositionellen Kräfte, angeführt von Tichanowskaja, auf Lukaschenko Druck ausüben können. Im Westen, aber auch von Teilen der Opposition wird dabei die Hoffnung auf die Bemühungen der EU und deren Sanktionen sein, um Lukaschenko zu Verhandlungen zu zwingen. Erfahrungen mit Sanktionen gegen andere Staaten zeigen jedoch, dass diese Erwartung nicht unbedingt erfüllt werden muss.<sup>75</sup> Sofern das Land durch die Sanktionen immer tiefer in eine wirtschaftliche Krise getrieben wird, könnte dies auch die Annäherung an Russland fördern und noch weiter zu der Blockbildung im Rahmen des neuen Ost-West-Konflikts, den wir derzeit erleben, beitragen. Es darf auch nicht vergessen werden, dass die Bevölkerung in Bezug auf ihre Regierung und die Proteste gespalten ist.

---

<sup>69</sup> Bund für Soziale Verteidigung e.V. (o.J.): a.a.O.

<sup>70</sup> <https://www.youtube.com/user/NashDomTV>

<sup>71</sup> International Centre for Civil Initiatives "Our House" (o.J.): a.a.O.

<sup>72</sup> Bund für Soziale Verteidigung e.V. (o.J.): a.a.O.

<sup>73</sup> Press Service of the President of the Republic of Belarus (2021b): Ordinance to protect sovereignty, constitutional order signed. Online unter:<https://president.gov.by/en/events/podpisan-dekret-o-zashchite-suvereniteta-i-konstitucionnogo-stroya-1620558191>

<sup>74</sup> RP-Online (2021): Lukaschenko will Sohn als Nachfolger in Stellung bringen. Online verfügbar: [https://rp-online.de/politik/ausland/belarus-lukaschenko-will-sohn-als-nachfolger-in-stellung-bringen\\_aid-57543873](https://rp-online.de/politik/ausland/belarus-lukaschenko-will-sohn-als-nachfolger-in-stellung-bringen_aid-57543873)

<sup>75</sup> Siehe das Infoblatt des BSV zum Thema Sanktionen, <https://soziale-verteidigung.de/shop/internationale-sanktionen>

Für die politische Opposition stellt sich weiterhin die Frage, wie sie Kritik äußern und den Widerstand aufrecht erhalten kann, ohne mit Gewalt und Verhaftungen konfrontiert zu sein. Es bleibt zu hoffen, dass trotz wachsender Frustration und Verzweiflung die Strategie der Gewaltlosigkeit nicht aufgegeben wird. Ein Übergang zu bewaffnetem Widerstand, der wohl nur in Form von Sabotage und Attentaten vorstellbar ist, wäre verhängnisvoll und würde noch viel mehr Menschen von der Opposition entfremden. Es hat vielfach in der Geschichte Widerstandsbewegungen gegeben, die scheinbar erstmal aufgrund der massiven Repression scheiterten, aber dann, wenn sich neue günstige Gelegenheiten boten, wieder erhoben und grundlegende Veränderungen bewirkten. Gerade die Geschichte Osteuropas zeigt uns, dass solche Veränderung möglich ist. Sie kann aber nur gelingen, wenn auch eine große Zahl derjenigen, die derzeit hinter dem Regime stehen und vor allem auch Teile des Sicherheitsapparates überzeugt werden können, einen Prozess der Demokratisierung zu wagen.

In der Zwischenzeit bleibt viel zu tun. Bürger-, Menschenrechts- und feministische Organisationen sollten ihre in der Vergangenheit so erfolgreiche Arbeit, Menschen vor Verfolgung zu schützen und Opfer von Repression zu betreuen und stärken, weiter fortsetzen. Diese Arbeit ist essentiell, denn Menschen sind viel eher bereit, das Risiko von Protest einzugehen, wenn sie wissen, dass es ein Netz gibt, das sie und ihre Angehörigen auffängt. Gleichzeitig ist solche Arbeit auch eine Chance, Dialog mit denjenigen zu führen, die sich nicht als Teil der Opposition sehen und hinter Lukaschenko stehen.